

## Bei klarem Verstand

Natürlich ist es schön, wenn man fünf Jahre lang keine Mieterhöhungen fürchten muss. Dass die großen privaten Wohnungsunternehmen dagegen Sturm laufen, war zu erwarten, ebenso, dass die Verbände den Vermietern empfehlen, schnell noch die Mieten zu erhöhen, bevor der Deckel draufgesetzt wird. Aber auch die Genossenschaften und städtischen Gesellschaften haben Bedenken angemeldet, was dazu führte, dass Vertreter der Linken versucht haben, auf die Chefin des Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmerverbandes Druck auszuüben.

Inzwischen füllen Gutachten von allen möglichen Stellen viele Aktenordner. Die meisten davon warnen vor den Folgen eines Mietendeckels. Und jetzt auch die Investitionsbank Berlin, wie heute die Berliner Morgenpost berichtet. *„Die IBB warnt vehement vor den Folgen des Mietendeckels. Die landeseigene Förderbank, die sonst nicht durch Konflikte mit dem Senat auffällt, rechnet mit dem Verlust von Tausenden Arbeitsplätzen im Baugewerbe und einem Rückgang des Investitionsvolumens in Berlin in Milliardenhöhe. Auch lehnt es die IBB nun offiziell ab, die Umsetzung des Gesetzes zu übernehmen, wie es Bausenatorin Katrin Lompscher (Linke) plant. Ob der Senat auf diese Stimme der Vernunft hören wird?“*

Stimmen der Vernunft sind in diesen Tagen selten zu hören, ganz im Gegenteil. In Demonstrationen nimmt der Konflikt an Schärfe zu. Neuralgischer Punkt an der Deckel-Diskussion ist vor allem die Absicht, bestehende Mieten nicht allein zu deckeln, sondern abzusenken. Gegenwärtig scheinen in der Auseinandersetzung zu diesem Thema lediglich die SPD-Senatsmitglieder, der Regierende Bürgermeister **Michael Müller**, Finanzsenator **Matthias Kollatz** und Innensenator **Andreas Geisel** bei klarem Verstand zu sein.

Dem Tagesspiegel liegt mal wieder ein „internes Schreiben“ vor: *„Senatskanzlei sowie Finanz- und Innenverwaltung haben in internen Schreiben an Baustaatssekretär **Sebastian Scheel** Bedenken gegen den Gesetzentwurf von Bausenatorin **Katrin Lompscher** (Linke) angemeldet. Einwände haben sie vor allem gegen die vorgesehene Senkung von Bestandsmieten, die über 30 Prozent des jeweiligen Haushaltseinkommens liegen. Außerdem halten sie die geplante Rückwirkung zum Stichtag 18. Juni (an dem der Senat die Eckpunkte des Deckels beschloss) für juristisch angreifbar.“*

Auch wenn man von Juristerei keine Ahnung hat, so sagt einem doch der gesunde Menschenverstand, dass es äußerst problematisch ist, rückwirkend oder

aktuell Mieten senken zu können. Das lässt sich kein Vermieter gefallen. Dieser Teil des Mietendeckels wird eine Klagewelle auslösen. Diese wird es ohnehin schon gegen den Mietendeckel in Gänze geben. Wie verboht muss man sein, um glauben zu können, damit durchzukommen?

Gegen zu hohe Mieten, vor allem gegen Mietwucher, muss es andere Instrumente geben. In einer Stadt, in der 85 Prozent der Menschen zur Miete wohnen, hat fast jeder zu diesem Thema eine Meinung. Wobei man ehrlicher Weise zugeben muss, dass nur ein kleiner Teil zu den Betroffenen gehört. Es gibt, und das geht in der aufgeheizten Stimmung unter, sehr viele ordentliche Vermieter, die nicht nur ihre Häuser in Schuss halten, sondern auch nur dann Mieterhöhungen verlangen, wenn es erforderlich ist.

Kultursenator **Klaus Lederer** (Linke), nach wie vor Berlins beliebtester Politiker, attackiert heute in der Berliner Zeitung die Wohnungs-Genossenschaften wegen ihrer angeblichen „dreisten Kampagne gegen den Mietendeckel.“

<https://www.berliner-zeitung.de/berlin/dreiste-kampagne-gegen-mietendeckel-klaus-lederer-attackiert-die-genossenschaften-33263170>

Wie in der Rot-Rot-Grünen Koalition das Problem Mietendeckel gelöst werden soll, und ob überhaupt das Gesetz zustande kommt, ist unsicherer denn je. Die Wähler billigen laut einer Forsa-Umfrage der Berliner Zeitung vom 2. Oktober den Parteien wenig Kompetenz für das Lösen der Probleme zu. *„Seit einiger Zeit liegen da die Grünen vorne. Allerdings mit bescheidenen 17 Prozent – Tendenz übrigens sinkend. Leichte Zuwächse verzeichnet die SPD mit inzwischen 11 Prozent Kompetenzzubilligung. Alle anderen Parteien kommen auf nur einstellige Werte. Klarer Gewinner bei dieser Frage ist die Rubrik ‚Keine Partei‘, die auf 52 Prozent kommt.“*

Die Parole „Bauen, Bauen, Bauen“, wird vom Geschrei auf den Straßen-Demos überstimmt. Läge doch darin der einzig funktionierende Schlüssel zum Erfolg.

In der neuen Forsa-Umfrage gibt es nur ganz kleine Veränderungen zum Vormonat: Die SPD bleibt auf 16%, die Grünen auf 24%, die Linke verliert einen Punkt und steht jetzt bei 16%. R2G bringt also immer noch 56% auf die Waage. Die CDU gewinnt einen Punkt hinzu auf 17%, FDP 6% und AfD 11% halten ihr Ergebnis aus dem Vormonat.

Und nun sind erst einmal Herbstferien. Hoffentlich nutzen die Hitzköpfe diese Zeit zum Nachdenken. Kleiner Tipp: einfach mal eine Stunde den Kopf in den Wind halten, das Gehirn wird dankbar sein.

**Ed Koch**